

# politisches Kalenderblatt

Pressedienst für zeitgeschichtliche Jahrestage

## März 93

**02.03.1948** Vor 45 Jahren: Der Aufstieg Ludwig Erhards

**04.03.1953** Vor 40 Jahren: "Flüchtlingswelle aus der Sowjetzone"

**06.03.1983** Vor 10 Jahren: Die Wähler besiegeln die "Wende"

**18.03.1953** Vor 40 Jahren: Der Bundestag stimmt der Wiedergutmachung zu

**18.03.1990** Vor 3 Jahren: Freie Wahlen in der DDR

**19.03.1953** Vor 40 Jahren: Ratifizierung des Deutschlandvertrags

**23.03.1933** Vor 60 Jahren: Hitlers Ermächtigungsgesetz: Der Reichstag gibt sich selbst auf

**25.03.1953** Vor 40 Jahren: Die "Magna Charta" der Vertriebenen

## Der Aufstieg Ludwig Erhards

Am 2. März 1948 wird ein parteiloser Wirtschaftsexperte und Honorarprofessor an der Universität München namens Ludwig Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in der amerikanisch-britischen Bizone in Frankfurt gewählt. Niemand ahnt zu diesem Zeitpunkt, daß damit eine der entscheidenden Weichen für die Zukunft im Nachkriegsdeutschland gestellt ist. Denn bereits drei Monate später setzt Erhard im - zwischenzeitlich um das französische Besatzungsgebiet zur sog. "Trizone" erweiterten - Territorium der künftigen Bundesrepublik Deutschland eine Währungsreform nach seinen Vorstellungen durch, die mit dem Ende der Zwangsbewirtschaftung und der Freigabe der Preise einer wirtschaftspolitischen Revolution gleichkommt. Bezugsscheine, Lebensmittelkarten und Schwarzmarkt gehören der Vergangenheit an; Angebot und Nachfrage, freier Wettbewerb und Leistungsstreben bestimmen den Markt. Nach vorübergehenden Anfangsschwierigkeiten wird Erhards "Soziale Marktwirtschaft" zum Zauberwort einer ganzen Generation, und der eben noch fast unbekannte Sohn eines Fürther Tuchhändlers wird zum "Vater" des weltweit bestaunten "Wirtschaftswunders".

Der als Soldat im Ersten Weltkrieg schwer verwundete Erhard studiert Wirtschaftswissenschaften in Nürnberg und Frankfurt/Main, promoviert 1925 zum Doktor rer. pol. und arbeitet zunächst als wissenschaftlicher Assistent. Aus der angestrebten Hochschulkarriere wird nichts, weil Erhard unter den Nazis den Beitritt zur NSDAP und zur "Deutschen Arbeitsfront" verweigert. 1944 stellt er im Auftrag führender Industrieller seine Denkschrift "Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung" fertig, in der er im Blick auf die Nachkriegszeit entschieden für ein freies Unternehmertum und eine neue Währung eintritt. Von den Amerikanern nach Kriegsende zunächst als bayerischer Wirtschaftsminister eingesetzt, tritt Erhard im Januar 1947 zurück und wird im Oktober Vorsitzender der "Sonderstelle Geld und Kredit" beim Direktor der Bizonen-Verwaltung für Finanzen - einer Sachverständigenkommission zur Vorbereitung einer späteren Währungsreform.

Seine Berufung in die Schlüsselstellung des Frankfurter Wirtschaftsdirektors - heute vor 45 Jahren - verdankt Erhard einer der kuriosen Launen, deren sich die Geschichte gelegentlich bedient: Sein Amtsvorgänger Johannes Semler hat amerikanische Nahrungshilfen als "Hühnerfutter" bezeichnet und ist daraufhin von den Militärgouverneuren Clay und Robertson gefeuert worden.

## “Flüchtlingswelle aus der Sowjetzone”

**A**m 4. März 1953 verabschiedet der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit - nur die wenigen KPD-Abgeordneten stimmen mit Nein - das Gesetz über “Leistungen zur Unterbringung von Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone oder dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin”. Das sog. “Flüchtlings-Notleistungsgesetz” trägt seinen Namen zu Recht, denn die Not ist groß: Schon seit Mitte 1952 geht es unter der Ägide Walter Ulbrichts in der DDR rapide bergab. Der verschärfte “Klassenkampf von oben”, Unterdrückung, Willkür und Terror treiben die Menschen in Massen zur Flucht in den Westen. Anfang März 1953 gibt die Bundesregierung bekannt, daß allein im Februar der Flüchtlingsstrom aus der “Sowjetzone” mehr als 40.000 Menschen in den freien Teil Berlins gebracht hat. Die Notaufnahmelager sind überfüllt, die alliierten Fluggesellschaften kaum noch in der Lage, die tägliche “Ausflugsquote” ins Bundesgebiet sicherzustellen. Bodennebel in Hamburg und Hannover verhindert die notwendigen Nachtflüge, während jeden Tag zwischen 1.000 und 2.000 neue Flüchtlinge in West-Berlin eintreffen. Bundeskanzler Adenauer interveniert bei den Hohen Kommissaren der Westalliierten, um notfalls Militär- oder Charter-Maschinen zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wird die Quote auf 1.150 Personen pro Tag erhöht, und weitere Sonderaktionen bringen Gruppen von 3.000, 5.000 und 10.000 Flüchtlingen auf dem Luftweg in die westlichen Bundesländer.

Dort erwarten die “Ostzonen”-Flüchtlinge neue Probleme. Inmitten des Wiederaufbaus und der ohnehin schwierigen Eingliederung von achteinhalb Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen aus den früheren deutschen Ostgebieten fehlen vor allem Unterkünfte und Wohnungen, von Arbeitsplätzen ganz zu schweigen. Das Flüchtlings-Notleistungsgesetz sieht einschneidende Handhaben - bis hin zu Beschlagnahmen - vor, um zumindest vorübergehend die Unterbringung der neuen Flüchtlingswelle zu gewährleisten.

Im Bundestag bleibt es der KPD vorbehalten, die massenhafte Abstimmung mit den Füßen in der DDR als Ergebnis westlicher Hetzpropaganda darzustellen - ein Erklärungsversuch, der so oder ähnlich bis 1989 zum Dauer-Repertoire deutscher Kommunisten in Ost und West gehören wird. Für die SPD begründet - heute vor 40 Jahren - der Abgeordnete Herbert Wehner die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Gesetz. Er spricht von “grotesken” Tatsachenverdrehungen der Kommunisten und fordert sie auf, “mit dafür zu sorgen, daß der Terror, der in . . der sowjetischen Besatzungszone . . herrscht, ein Ende findet”.

## Die Wähler besiegeln die "Wende"

**A**m 6. März 1983 finden zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Das Ergebnis wird in ersten Kommentaren als "Erdrutsch" und "Sensation" gewertet. Klarer Sieger ist die "Koalition der Mitte" aus CDU, CSU und FDP. Bundeskanzler Helmut Kohl, der erst seit dem 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen seinen Vorgänger Helmut Schmidt (SPD) im Amt ist, hat diese Wahl gewollt, um zur parlamentarischen Legitimation auch noch das Votum der Wählermehrheit zu bekommen.

Der von seinen Gegnern als "Winterkanzler" apostrophierte Kohl erreicht für die CDU/CSU mit 48,8 Prozent beinahe Adenauers Traumergebnis von 1957 (50,2 %), und über Stunden hinweg scheint am Wahlabend sogar eine absolute Mehrheit der Mandate für die Union möglich. Vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo die CDU erstmals seit 1965 an der SPD vorbeizieht, und in Bayern, wo die CSU auf satte 60 Prozent kommt, werden die Grundsteine für diesen Erfolg gelegt.

Kaum minder erstaunlich ist das Ergebnis der FDP: sie verliert zwar gegenüber der Wahl von 1980 3,7 Prozent, aber gemessen an den Prognosen, die ihr monatelang den Untergang vorhersagten, sind ihre 6,9 Prozent geradezu ein Triumph für Genscher und Lambsdorff. Die SPD wird unter ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel mit 38,2 Prozent auf das schlechteste Ergebnis seit 1961 zurückgeworfen; die Grünen ziehen - nach einer stundenlangen "Zitterpartie" - mit 5,6 Prozent erstmals in den Bundestag ein, verhindern damit die absolute Mehrheit der CDU/CSU und sichern so der FDP den Verbleib in der Koalition.

Durch die Wahl am 6. März 1983 - heute vor 10 Jahren - wird der "Wende" vom 1. Oktober 1982 vom Wähler, dem Souverän, Brief und Siegel erteilt. Die Parolen vom Bonner "Verrat" und vom "Königsmord" gegen den Willen der Wähler sind erledigt.

Wahlanalysen zeigen, daß vor allem die Themen Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Staatsschulden den Ausschlag gegeben haben; die Bürger sind mehrheitlich bereit, Kohl auf dem von ihm angekündigten Weg der Sanierung - inklusive einschneidender Sparmaßnahmen - zu folgen. Im In- und Ausland wird die Wahl als ein Votum für die Soziale Marktwirtschaft und für die Einbettung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis gewertet. Denn auch im Blick auf die immer näher rückende Entscheidung über die NATO-Nachrüstung ist sie ein unzweideutiges Signal.

## Der Bundestag stimmt der Wiedergutmachung zu

**A**m 18. März 1953 - heute vor 40 Jahren - billigt der Bundestag in Bonn in namentlicher Abstimmung das Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel. Das Abkommen ist - wie so vieles in den ersten Jahren des neuen deutschen Teilstaates - ohne den ganz persönlichen Einsatz Konrad Adenauers nicht denkbar. Er selbst hat mit Vertretern Israels und mit Nahum Goldmann, dem Präsidenten der Jewish Claims Conference, in London verhandelt; er selbst hat das Abkommen am 10. September 1952 mit dem israelischen Außenminister Moshe Sharett in Luxemburg unterzeichnet, und er selbst ist derjenige, der es schließlich im Bundestag durchsetzt. Denn Widerstände gibt es nicht nur in Israel, sondern auch in den eigenen Reihen. In Adenauers Koalition stößt das Abkommen aus juristischen und finanziellen Gründen auf Vorbehalte; viele - darunter sein eigener Finanzminister - halten es angesichts der Kriegsfolgen und eines Millionenheeres von Vertriebenen und Flüchtlingen schlicht für unfinanzierbar. In diesem Falle weiß der Bundeskanzler aber die SPD-Opposition auf seiner Seite, und er zögert nicht, das Ratifizierungsgesetz auch mit ihrer Unterstützung zu verabschieden.

In dem Abkommen verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland - ungeachtet individueller Wiedergutmachungs- und Entschädigungsleistungen - , innerhalb von 12 bis 14 Jahren dem Staat Israel global drei Milliarden DM für die Eingliederung einer halben Million Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen sowie weitere 450 Millionen DM für die außerhalb Israels lebenden Flüchtlinge an die Claims Conference und 50 Millionen DM an in Not geratene Juden nichtjüdischen Bekenntnisses zu zahlen. Der Vertrag ist der Auftakt zu weiteren Abkommen mit Israel in den folgenden Jahren und der erste Schritt in Richtung auf die spätere Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die anfänglichen finanziellen Befürchtungen der Skeptiker erweisen sich als unbegründet: Denn die Summe der Wiedergutmachungen an die Juden hat bis heute - in allen Bereichen zusammengenommen - eine Größenordnung von 100 Milliarden DM erreicht.

Für Adenauer ist die Wiedergutmachung nicht nur ein Bekenntnis des demokratischen Deutschland zur Verantwortung für das grauenvolle Verbrechen des Holocaust und damit eine eminent moralische Verpflichtung, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Wiederherstellung des politisch-moralischen Kredits der Deutschen. Seine Politik gegenüber den Juden in aller Welt und gegenüber dem Staat Israel ist geprägt von den Maximen, die seine gesamte Diplomatie bestimmen: Es geht darum, die Hypotheken der NS-Schreckensherrschaft geduldig abzubauen, beharrlich nach internationaler Gleichberechtigung zu streben und unermüdlich zur Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt beizutragen.



## Der Bundestag stimmt der Wiedergutmachung zu

### Hintergrund

**Dokumentation: Auszüge aus den Redebeiträgen Eugen Gerstenmaiers (CDU/CSU) und Carlo Schmid's (SPD) in der abschließenden Wiedergutmachungsdebatte des Bundestages am 18. März 1953**

**Eugen Gerstenmaier:** Zu den unbegreiflichsten Erscheinungen der neueren Geschichte wird immer jener Ausbruch von Wahnsinn gehören, dem schätzungsweise sechs Millionen deutsche, französische, belgische, polnische, russische, ungarische, dänische und andere europäische Bürger zum Opfer gefallen sind. Mit systematischer Methode und einer nahezu perfekten Technik wurden sie, vom Säugling bis zum Greis, erschossen, vergast, vernichtet aus keinem anderen Grund als dem, weil sie angeblich oder wirklich Menschen "anderen Blutes", Menschen jüdischer Rasse, seien . . . Der den Befehl gab und die ihn ausführten, waren ruchlose Mörder . . .

Dieser Vertrag entspringt, was Deutschland anbetrifft, dem festen Willen, einer klar und genau empfundenen sittlichen Verpflichtung nach dem Maße unserer nationalen Kraft einen materiellen Ausdruck zu geben . . . Deutschland hat in dieser Sache eine unabweisbare doppelte Pflicht, erstens gegenüber den Opfern der Tyrannei, zweitens gegenüber sich selbst, seinem Namen und seiner geschändeten Ehre. Wir sind nicht bereit, darüber erst noch in Diskussionen einzutreten . . .

Meine Damen und Herren! Es scheint mir: Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir uns nicht länger beschämen lassen. Das gebietet die Ehre Deutschlands! Darum sagen wir ja zu diesem Vertrag.

**Carlo Schmid:** Die sozialdemokratische Fraktion hofft, daß der Abschluß und die Ausführung des Vertrags mit dem Staate Israel von der gesamten Welt als ein Zeichen des ernstesten Willens des deutschen Volkes begriffen werden möge, wenigstens etwas von dem entsetzlichen Unheil wiedergutzumachen, das die nationalsozialistische Gewaltherrschaft über das deutsche Volk und die anderen von ihr heimgesuchten Völker gebracht hat. Sie ist sich bewußt, daß auch mit diesem Verträge nichts von dem Leid weggenommen oder gar ungeschehen gemacht werden kann, das Millionen von Menschen angetan wurde . . .

Wir möchten nicht, daß der Abschluß dieses Vertrages dahin mißverstanden wird, das deutsche Volk glaube damit diese Verbrechen vergessen gemacht zu haben. Wir fordern das deutsche Volk auf, alles zu tun, was der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts zu dienen vermag, und in Geduld und ohne zu fordern abzuwarten, ob ihm eines Tages von den Nachfahren und Gefährten der Opfer der Barbarei, die seinen Namen geschändet hat, die Versöhnungshand gereicht werden wird.

## Freie Wahlen in der DDR

**A**m 18. März 1990 stehen schon um fünf Uhr früh 20 Menschen vor einem Feierabendheim im Ost-Berliner Bezirk Pankow und warten auf die Öffnung des Wahllokals. Es ist - heute vor drei Jahren - der Tag der ersten freien Wahlen in der DDR seit ihrer Gründung im Jahr 1949. Eine zehnköpfige Beobachterdelegation des Europarats wacht darüber, ob die Wahlen fair, rechtmäßig und ohne Manipulationen ablaufen. Ihr Urteil: Alles verläuft korrekt, es handelt sich wirklich um eine freie Wahl.

Die Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge waren anderes gewöhnt. Beim "Zettelfalten" - wie der Volksmund die Scheinwahlen zur DDR-Volkskammer nannte - hatte die von der SED dominierte Einheitsliste bislang stets über 99 Prozent erhalten, fraglich war nur die Stelle hinter dem Komma gewesen.

Als die westdeutschen Fernsehanstalten ARD und ZDF unmittelbar nach Schließung der Wahllokale um 18 Uhr ihre ersten Prognosen veröffentlichen, wollen viele in Deutschland-Ost und Deutschland-West ihren Augen nicht trauen: Der "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch (DA) werden fast 50 Prozent vorhergesagt, der SPD, die von Beobachtern und in Umfragen meist als stärkste Partei eingeschätzt wurde, lediglich gut 20 Prozent, den Liberalen sechs und der zur PDS gewendeten ehemaligen Staatspartei SED 15 Prozent. Tatsächlich weicht das amtliche Endergebnis nur unwesentlich von diesen Prognosen ab ( CDU 40,91%, DSU 6,32%, DA 0,92% - zusammen 48,15% - , SPD 21,84%, Liberale 5,28%, PDS 16,33%, Bündnis 90 2,9%, Bauernpartei 2,19%, Grüne und Unabhängiger Frauenverband 1,96% sowie vier weitere Listen mit jeweils weniger als 1% der Stimmen ).

In beiden Teilen Deutschlands - und darüber hinaus in der ganzen Welt - wird die Wahl als ein besonders wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit gewertet. Nachdem der Wahlkampf auf allen Seiten mit massiver Unterstützung der jeweiligen bundesdeutschen Zentralen der "Schwesterparteien" geführt wurde und sich insbesondere die "Allianz für Deutschland" zugunsten einer raschen Vereinigung auf dem Weg über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes ausgesprochen hat, zeichnet sich bereits am Wahlabend ab, daß diese erste freie Volkskammerwahl zugleich auch die letzte sein könnte und daß es die DDR - getreu dem Willen der Wähler - schon in naher Zukunft nicht mehr geben wird. Denn jetzt ist in beiden Staaten der Weg zur Einheit für demokratisch legitimierte Volksvertretungen und Regierungen frei.



## Freie Wahlen in der DDR

### Hintergrund

#### Dokumentation: Deutsch-deutsche Pressestimmen vom 19. März 1990 zu den DDR-Volkskammerwahlen vom Vortag

**N**eu es Deutschland: . . nach dem Akt der Selbstbefreiung aus bedrückender Enge und demütigender Bevormundung der Akt der Selbstbestimmung . . . Diese Volkskammer hat das, was allen ihren Vorläufern fehlte - die demokratische Legitimation.

Neue Zeit: . . ein Erfolg der Demokratie. Keine Halbheiten mehr. Die Karre schnell aus dem Dreck ziehen . .

Junge Welt: . . die Menschen in der DDR haben gewählt, frei, geheim und demokratisch. Das allein ist - unabhängig vom Ergebnis - ein Ereignis von historischer Bedeutung . . . und sie haben sich klar entschieden: für eine schnelle und kompromißlose Vereinigung mit der Bundesrepublik, für die freie Marktwirtschaft, für die D-Mark.

Der Morgen: . . unabhängig davon, welche konkreten Erwartungen der einzelne mit dieser Wahl verband, war die Freude einhellig, daß sie zustande gekommen war, daß es die Bürger dieses Landes in der eigenen Hand hatten, ihr Schicksal, die Zukunft des bald einigen Vaterlandes und seinen Platz im europäischen Haus zu bestimmen.

Westfalenpost: Das Volk hat gesiegt. Wie sich die Stimmen auf Parteien verteilen, das ist von historischer Warte gesehen ein untergeordnetes Ergebnis. Dennoch: was die ersten Hochrechnungen verriet, war schlicht und einfach eine Sensation ersten Ranges. Alle Voraussagen wurden damit auf den Kopf gestellt . . Wer freilich erlebt hat, mit welcher Begeisterung Bundeskanzler Kohl in der DDR gefeiert wurde, dem kommt die Sensation gar nicht so sensationell vor. Ganz klar: dieser Wahlsieg der CDU . . geht vor allem auf das Konto Helmut Kohls . . , weil die meisten Menschen im anderen deutschen Staat im Kanzler der Bundesrepublik ihre Hoffnungen und ihre Wünsche verkörpert sehen.

Fuldaer Zeitung: Hier ist das Wort Sensation angebracht: das erwartete Kopf-an-Kopf-Rennen bei der Wahl zur Volkskammer der DDR blieb aus . . . positiv schlägt die Beteiligung von deutlich über 90 Prozent zu Buche. Sie dokumentiert das Pflichtbewußtsein der Menschen trotz mancher Unsicherheit und ein Gespür für die Demokratie.

Neue Presse (Hannover): Die DDR-Wahl hat, ohne Wenn und Aber, zwei klare Sieger: die konservative Allianz für Deutschland und Bundeskanzler Helmut Kohl, der sie schmiedete und massig-massiv unterstützte. Die erste freie Abstimmung zwischen Elbe und Oder seit Jahrzehnten hat, ebenso eindeutig, zwei Verlierer: die Sozialdemokraten und die Demoskopen . . . Hohe Beteiligung, klare Verhältnisse - das ist insgesamt ein Wahlverlauf, für den eine so junge Demokratie Anerkennung verdient. Und zwar unabhängig davon, ob einem der Ausgang paßt oder nicht.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die Wahlen in der DDR bieten ein Beispiel dafür, wie schnell Vorhersagen veralten . . . Gewiß waren . . viele im Ungewissen, wie sie wählen sollten, aber dieser Ungewißheit lag die Gewißheit zugrunde, daß man sich diese erste Chance nach so vielen bedrückenden Jahren nicht entgehen lassen dürfe . . . Der Name "Allianz für Deutschland" ist von den Wählern in der DDR bestätigt worden. Sie wollen das in den Grenzen von 1990 vereinigte Deutschland, niemand, kein Nachbar im Osten oder Westen, braucht Angst davor zu haben.

## Ratifizierung des Deutschlandvertrags

**A**m 19. März 1953 verabschiedet der Deutsche Bundestag nach sechsstündiger Aussprache in dritter Lesung den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Es handelt sich um das Kernstück der Adenauer'schen Westpolitik: Durch die im Mai 1952 in Paris unterzeichneten Verträge wird das Besatzungsstatut aufgehoben, erhält Deutschland seine Souveränität zurück und leistet einen Beitrag zur westlichen Verteidigung im Rahmen der EVG. Die von Adenauer und den Westmächten für unverzichtbar gehaltene Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ist also in eine übernationale Organisation eingebunden; durch die Koppelung der Verträge ist sichergestellt, daß sie nur gemeinsam in Kraft treten können. Alle Unterzeichner verpflichten sich auf das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands; Fernziel des Vertragswerks ist die politische und wirtschaftliche Einigung Europas.

In der Bundesrepublik geht der Ratifizierung der Verträge eine monatelange, leidenschaftliche Debatte voraus, die vor allem um die Fragen der Wiederbewaffnung und der Wiedervereinigung kreist. Die Kontrahenten kämpfen mit allen politischen und verfassungsrechtlichen Mitteln für ihre jeweilige Auffassung. Am Ende setzt sich Bundeskanzler Konrad Adenauer mit seinem Konzept durch - Stichworte: Westbindung, Wiederbewaffnung, Gleichberechtigung und Souveränität, Einigung Europas. Im Bundestag erklärt er heute vor 40 Jahren:

"Wir stehen noch immer unter Besatzungsrecht . . . Wenn wir die Verträge und die Weltlage betrachten, so ist folgendes absolut sicher: Wir sind bedroht. Wir sind Objekt der Außenpolitik anderer. Wir können uns nicht wehren. Wir haben keinen Anspruch auf Schutz. Das wird sich nach der Ratifizierung der Verträge grundlegend und schnell ändern. Wir werden uns dann . . selbst verteidigen können . . Wir werden gesichert und einbezogen in die größte Verteidigungsorganisation, die die Menschheit bisher geschaffen hat. Wir legen durch die Ratifizierung dieser Verträge als freies Volk die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Einigung Europas und retten damit Europa vor dem drohenden Zerfall und Untergang. Das, meine Damen und Herren, sind die großen, in Wahrheit entscheidenden Gesichtspunkte für unsere Entschlüsse und für unser Handeln."

Im Bundestag erhält Adenauer in namentlicher Abstimmung eine deutliche Mehrheit für die Verträge. SPD und KPD stimmen dagegen. Nach Adenauers großem Wahlsieg im Herbst 1953 sind zwar die innenpolitischen Widerstände endgültig aus dem Feld geräumt; das Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung im August 1954 bringt vorübergehend aber das gesamte Werk in Einsturzgefahr. Erst die "Pariser Verträge" vom Oktober 1954 bringen Adenauer ans Ziel: Im Mai 1955 erlangt die Bundesrepublik zeitgleich mit der NATO-Mitgliedschaft auch die ihr im Deutschlandvertrag zugestandene "volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten".



## Hitlers Ermächtigungsgesetz: Der Reichstag gibt sich selbst auf

In den Abendstunden des 23. März 1933 stimmt der Deutsche Reichstag mit Zweidrittelmehrheit dem "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" zu. Unter der Regie des Reichstagspräsidenten Göring werden in wenigen Minuten die drei Lesungen des "Ermächtigungsgesetzes" durchgepeitscht, mit dem die Abgeordneten den Parlamentarismus liquidieren, sich selbst überflüssig machen und das Ende des Rechtsstaats besiegeln. Es ist der Abschied von jeder ordentlichen Gesetzgebung in Deutschland und ein ausdrücklicher Freibrief für die von Hitler geführte Regierung, auch von der Reichsverfassung abweichende Gesetze zu beschließen und unmittelbar in Kraft zu setzen. De facto ist Hitler mit diesem Tag nicht nur Gesetz-, sondern auch Verfassungsgeber.

Sowohl die Vorgeschichte als auch der Ablauf der Sitzung heute vor 60 Jahren enthüllen Hitlers "Ermächtigung" als ein beispielloses Schurkenstück. Die angeblich "legale Revolution" der Nationalsozialisten ist in Wahrheit die Folge einer Serie von Rechts- und Verfassungsbrüchen, von Einschüchterung, Verfolgung, Verhaftung und Terror. 81 kommunistische und 26 SPD-Abgeordnete sind in Haft oder auf der Flucht. Durch unglaubliche und schamlose Manipulationen an der Geschäftsordnung des Reichstags ist Vorsorge getroffen, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit in jedem Fall erreicht wird, wenn nur die Zustimmung der bürgerlichen Parteien und des Zentrums erpreßt werden kann. Diese stimmen tatsächlich nach schweren inneren Kämpfen in der Hoffnung mit Ja, dadurch noch Schlimmeres verhindern zu können. Denn die Nazis haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie notfalls zu noch radikaleren Maßnahmen und zu nackter Gewalt greifen werden - und Hitler hat überdies die Zentrumsführung mit Zusicherungen getäuscht, die er niemals einhalten wird.

Am Ende bleiben - gegen 441 Ja-Stimmen - einzig die 94 Abgeordneten der durch Verhaftungen schon stark verminderten SPD-Fraktion bei ihrem Nein. Während vor und in der Kroll-Oper uniformierte und bewaffnete SS- und SA-Männer ein drohendes Spalier bilden - im Hintergrund der Bühne hängt eine riesige Hakenkreuzfahne - , tritt der SPD-Vorsitzende Otto Wels ans Rednerpult und begründet für seine Fraktion die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes. Es ist für zwölf Jahre das letzte öffentliche Bekenntnis zur Demokratie und im Angesicht der sicheren Niederlage dennoch eine Sternstunde der deutschen Sozialdemokratie. "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht", erklärt Wels, der seine mutige Rede mit einem Gruß an die "Verfolgten und Bedrängten" schließt.

Mit der Ausschaltung des Reichstags und der teilweisen Entmachtung des Reichspräsidenten ist die erste Etappe der "Machtergreifung" abgeschlossen; als das "Ermächtigungsgesetz" am Tag darauf, dem 24. März 1933, in Kraft tritt, ist für Hitler der Weg frei zur Errichtung der totalitären Gewaltherrschaft. Seit der Reichstagswahl vom 5. März, die trotz massiver Behinderungen und offenen Terrors gegen die Opposition im deutschen Volk keine Mehrheit für Hitler erbrachte (die Nationalsozialisten kamen nur auf 43,9% der Stimmen), sind keine drei Wochen vergangen.

## Hitlers Ermächtigungsgesetz: Der Reichstag gibt sich selbst auf

### Hintergrund

Dokumentation: Auszüge aus der Reichstagsrede des SPD-Abgeordneten Otto Wels vom 23. März 1933

**A**us einem Gewaltfrieden kommt kein Segen; im Innern erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt . . . niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt . .

Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann . . . Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten . . . Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.

## Die "Magna Charta" der Vertriebenen

**A**m 25. März 1953 verabschiedet der Bundestag mit großer Mehrheit das "Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge". Schon die Zeitgenossen sprechen vom "Grundgesetz der Vertriebenen" oder gar von einer "Magna Charta für die Vertriebenen". Rund achteinhalb Millionen Vertriebene, die zumeist wenig mehr als das nackte Leben retten konnten, sind in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende in die westlichen Besatzungszonen geflüchtet. Auch noch nach 1949 strömen unablässig weitere Flüchtlinge und Umsiedler in die Bundesrepublik Deutschland, darunter seit Mitte 1952 immer mehr, die dem kommunistischen Zwangsregime in der DDR den Rücken kehren.

Mit dem heute vor 40 Jahren beschlossenen Bundesvertriebenen-gesetz wird Landwirten der Zugang zu neu erschlossenem Siedlungsland erleichtert, werden die Zulassungshürden für die Angehörigen der freien Berufe gesenkt, Regelungen für verloren gegangene Zeugnisse und Urkunden getroffen, vor der Vertreibung übernommene Verbindlichkeiten reguliert, Steuer- und Krediterleichterungen in Kraft gesetzt sowie die bevorzugte Berücksichtigung der besonders betroffenen Vertriebenen bei der Zuweisung von Arbeitsplätzen gesichert. Zugleich schafft das Gesetz im ganzen Bundesgebiet einheitliche Richtlinien, damit die wirtschaftliche Eingliederung und volle Gleichberechtigung der Vertriebenen mit den Einheimischen in reichen wie in armen Bundesländern gleichermaßen verwirklicht werden kann.

Zusammen mit dem im August 1952 verabschiedeten Lastenausgleich - einer gigantischen Vermögensumverteilung zugunsten der vom Krieg und seinen Folgen besonders hart getroffenen Menschen - ist das Bundesvertriebenengesetz die Grundlage für die volle wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Daß dieses große Ziel - wenn auch z.T. erst nach Jahren - wirklich erreicht wird und Vertriebene und Flüchtlinge tatsächlich Bürger mit gleichen Rechten und gleichen Chancen werden, gehört zu den großen und bleibenden innenpolitischen Leistungen in der Zeit des Wiederaufbaus. Inmitten vielfältiger Not und allgegenwärtigen Mangels gelingt im westlichen Nachkriegsdeutschland ein schwieriger Kompromiß zwischen den berechtigten Wünschen der Vertriebenen und den nicht minder berechtigten Interessen der Einheimischen.

Nicht nur für die noch junge und ungefestigte Bundesrepublik, sondern für ganz Europa ist die erfolgreiche Wiedereingliederung von Heimatvertriebenen und "Sowjetzonenflüchtlingen" eine Schicksalsfrage. Das Bundesvertriebenengesetz leistet - heute vor 40 Jahren - einen entscheidenden Beitrag dazu, daß sie positiv beantwortet wird.